Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 70 Pfg., bei lokalen Anzeigen 50 Pfg. Reklamezeile 4,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 7.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 232 — **Dienstag, den 4. Oktober 1921** — **49. Jahrgang**

Vor der Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien.

(TU) Die französischen Abendblätter melden aus Genf, daß der Rat des Völkerbundes in der Lage sein wird, am Sonntag oder schon am Sonnabend dieser Woche seine Ansicht über die oberschlesische Frage auszusprechen. An diesem Tage werde dem Obersten Rat die Entscheidung, die der Völkerbund vorschlägt, mitgeteilt werden.

Eine Verlegung der Interalliierten Kommission, die bereits in polnischen Blättern angekündigt wurde, soll tatsächlich bevorstehen. Französische Offiziere der Interalliierten Kommission haben sich dahin geäußert, daß die Verlegung in allernächster Zeit bewirkt werde und zwar nach Gleiwitz. Man rechnet noch mit einem Aufenthalt von 8 Monaten in Oberschlesien. Wenn dies zutrifft, so folgert man die Möglichkeit einer bevorstehenden nochmaligen Abstimmung in einzelnen Bezirken des bedauernswerten Landesteiles.

In bestimmten englischen Kreisen drängt man neuerdings auf eine Beschleunigung der Entscheidung. In Völkerbundssekretariat nahestehenden Kreisen verlautet, daß starke Neigung bestehe, die Pläne des englischen Majors Ottleyn, welcher sich seinerzeit als Sachverständiger in Oberschlesien aufhielt und erst auf Betreiben des Generals Lerond seinen Posten verlassen hatte, erneut zur Diskussion zu stellen. Ottleyn hat seinerzeit die Errichtung eines Freistaates Oberschlesien propagiert und die Einführung einer besonderen Währung verlangt, zu deren Deckung und Sicherung er die Sachwerte der oberschlesischen Montanindustrie verwendet wissen wollte. Man will von englischer Seite auf diese ursprünglichen Pläne deshalb zurückgreifen, um sie nötigenfalls für ein Provisorium zu verwenden, bis die endgültige Entscheidung über Oberschlesien gefallen sein wird, deren Termin infolge der französischen Hinhaltungstaktik immer noch nicht als bestimmbar angesehen werden kann.

Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober durch Vermittlung des Generalsekretariats des Völkerbundes in Genf ihre nach Genf berufenen Vertreter Eyhardt, Franz und Greese ersuchen lassen, den Völkerbundsrat um Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung sei die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabweisbar notwendig. Die örtliche Prüfung könne auch durch die mündliche Vernehmung der Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaften nicht ersetzt werden.

Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung vertagt.

Die interfraktionellen Besprechungen beim Reichskanzler über die Frage der Umbildung des Reichskabinetts haben gestern noch kein positives Ergebnis gehabt. Die Aussprache drehte sich vor allem um die Differenzen, die in der Auffassung über das Steuerprogramm bestehen. Im Zusammenhang damit nahm einen breiten Raum die Erörterung des Angebotes der Industrie, Bankwelt und der Landwirtschaft zur Beschaffung von Devisen für die Reparationen ein. Es wurde beschlossen, daß der Reichskanzler nach Rückkehr der leitenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie von der Münchener Tagung mit den Vertretern der Industrie, der Bankwelt und der Landwirtschaft erneut in Verhandlungen über ihr Angebot eintrete. Darauf wurde die Aufforderung der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung und deren Antwort besprochen. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der USP. wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. In dieser Angelegenheit werden die Sozialdemokraten eine schriftliche Anfrage an die beiden anderen Koalitionsparteien richten, auf die diese dann mit einer schriftlichen Erklärung antworten werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll über diesen Punkt befragt werden. Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung wurden darauf auf Mitte nächster Woche vertagt.

Koalition von der S.P.D. bis zur D.V.P.

(TU) Im Landtage fand wegen der preußischen Regierungsumbildung ebenfalls gestern nachmittag eine mehrstündige Besprechung der Fraktionsführer von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie statt, um die Grundlagen für eine etwaige Koalition zu prüfen. Die „P. P. N." berichten über die gestrigen Verhandlungen: Die Sozialdemokratie forderte mit Nachdruck, daß auch die Unabhängigen zur Regierungsbildung herangezogen werden. Sie berief sich besonders auf die Erklärung der Demokraten vom 13. September, in der mitgeteilt wird, daß alle Parteien zur Regierungsbildung herangezogen werden müßten, die sich auf dem Boden der republikanischen Verfassung stellten. Trotz mancher Vorbehalte erklärten schließlich Zentrum und Demokraten, daß sie grundsätzlich keine Bedenken gegen die Heranziehung der Unabhängigen zur Regierungsbildung hätten. Die Deutsche Volkspartei hat sich ihre Antwort bis Donnerstag vorbehalten.

Dr. Hermes Botschafter in Washington?

Die Parlamentarische Zentrumskorrespondenz erklärt zu der Meldung, daß Minister Dr. Hermes für den Botschafterposten in Washington ausersehen sei, daß die Zentrumsfraktion über ihre Meinung hierzu nicht befragt worden sei. Es hätten auch mit den Sozialdemokraten keine Verhandlungen deswegen stattgefunden. Nach Auffassung des Zentrums habe die Besetzung des Botschafterpostens ganz unabhängig von der Bildung der Reichsregierung zu erfolgen. Das Zentrum würde einen Wechsel in der Leitung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft außerordentlich bedauern.

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 3. Okt.)

Auf der Tagesordnung stand Montag die zweite Beratung des Haushalts der Verkehrs- und Gewerbeverwaltung. Abg. Frau Hanna (Soz.) verlangt, daß vor allem im Wirtschaftsleben die Parole „freie Bahn dem Tüchtigen" zur Durchführung gelangt. Der obligatorische Fortbildungsschulunterricht auch für die schulentlassenen Mädchen ist notwendig. Um eine gründliche Lehrlingsausbildung zu gewährleisten, fordert die organisierte Arbeiterschaft Einfluß auf die Gestaltung der Lehrverträge. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht bei weitem nicht aus. Wir fordern wirksame Kontrolle durch Heranziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen in viel größerem Umfange.

Der Hauptausschuß fordert u. a. die Beträge insbesondere für die Bauunterstützung für die preußischen Messen Breslau, Köln, Frankfurt-Main und Königsberg mit je 2 500 000 Mark und verlangt weiter schleunige Wahlen zu den Handwerkskammern, sowie die Berücksichtigung des preußischen Handwerks bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für Nordfrankreich und Belgien. — Abg. Dr. Forster (Ztr.) gibt zunächst seiner Genugtuung über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen Ausdruck und fordert nachdrücklich auch Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen. — Abg. Scharfeld (D.-N.) betont die Unerfüllbarkeit der uns auferlegten Verpflichtungen. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen sei aber nicht ein Erfolg der Regierung Wirth. Die Rathenauschen Pläne hinsichtlich der Durchführung der Reparationssachleistungen seien eine verkappte Planwirtschaft, die aber von Industrie, Handel und Landwirtschaft entschieden abgelehnt werden. — Abg. Pinkerneil (D. Vp.) betont, unter Hinweis auf die „friedlichen Erweiterungsbestrebungen der Franzosen" die Notwendigkeit, den Willen der Rheinländer, bei Deutschland zu bleiben, zu stärken. Von der Entscheidung über Oberschlesien erhoffen wir, daß sie bald gefällt und den Grundsätzen des Rechts entsprechen möge. Die deutsche Industrie ist bereit, dem Reiche bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu helfen. Sie kann das nur tun, indem sie dem Reiche Kredite zur Verfügung stellt. Jede Steuer, die die Produktion hemmt, muß abgelehnt werden. — Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Dominicus über Demokratisierung der Verwaltung.

Auf dem Parteitag der Deutschen demokratischen Partei Nordwestfalen in Bad Oeynhausen, der sich zu einer großen Kundgebung für Republik und Verfassung gestaltete, sprach Minister Dominicus. Ueber die von ihm als Minister gemachten Erfahrungen teilte er, einem Bericht der „Herforder Zeitung" zufolge, das untenstehende mit:

„Ich muß vorwegnehmen das bekannte Wort von der Demokratisierung der Verwaltung. Ich warne hier vor zwei Mißverständnissen. Einmal, daß man sie auffaßt als eine Sozialdemokratisierung, das andere Mal als eine Kommunalisierung, wie Herr Drews sie propagiert, indem die Mehrheit des Kreistages einen Landrat wählt und vom Minister die Bestätigung verlangt. Ich bin gegnerischer Auffassung und frage, wohin kommen wir, wenn in den östlichen Provinzen Deutschnationale, in Mitteldeutschland Kommunisten, im Westen Zentrumsleute als Landräte tätig sind, die, von der Kreistagsmehrheit abhängig, sich nicht nach ihrer vorgesetzten Behörde richten? So wäre der Augenblick nicht mehr fern, wo eine zentrale Verwaltung zur Unmöglichkeit würde. Glücklicherweise schwindet diese mißverstandene Idee der Demokratisierung der Verwaltung. Meine Meinung ist: Heraus aus dem Kasten- und Standesdünkel! Wir müssen dahin kommen, daß formaljuristische Bildung nicht maßgebend ist, sondern die Beamtenschaft muß größeres und soziales und wirtschaftliches Verständnis und den Geist innerlicher Hingabe an die neue Verfassung besitzen. Um diese Ziele zu erreichen, kenne ich zwei Wege: die brutale, schnelle Beseitigung der Anhänger des alten Regimes und die langsame Durchsetzung des Beamtenapparates mit frischem Blut. Ich stehe nicht an zu erklären, daß der erste Weg nicht zum Ziele führt, da er gemeines Denunziantentum und politisches Schiebertum züchtet. Auch können wir aus rechtlichen und finanziellen Gründen eine Pensionierung von Beamtenmassen nicht erzwingen. Nichts hat den Mehrheitssozialisten mehr geschadet, als der berechtigte Hinweis auf die Unfähigkeit vieler von ihnen eingesetzter Landräte. Was wir verlangen müssen, ist, daß das Staatsinteresse über das Parteiinteresse gestellt wird. Es besteht die Gefahr, daß die intellektuell und moralisch Besten die Lust verlieren, sich dem Staatsdienste zu widmen und der Handel und Industrie ihr gutes Unterkommen finden. Ich schäme mich nicht, zu erklären, daß ich bei meiner Personalpolitik auch vor Angehörigen der eigenen Partei nicht Halt gemacht habe. Daneben müssen wir die alten Elemente im Beamtentum überzeugen, daß es unsinnig ist, mit der Wiederaufrichtung der Monarchie zu kokettieren. Nur durch eine Politik der Versöhnung ist es möglich, die Guten und Anständigen unter ihnen — die es ja Gott sei Dank noch gibt — für den neuen Staat zu gewinnen."

Der erste Kongreß des Afabundes.

Der Kreisangestelltenverband Afa hält gegenwärtig in Düsseldorf seinen ersten Gewerkschaftskongreß ab. Es sind erschienen für den Reichskanzler und das Reichsarbeitsministerium Ministerialdirektor Dr. Schiffer, von den politischen Parteien sind vertreten die Deutschdemokraten und die Mehrheitssozialdemokraten. Vom Reichspräsidenten Ebert und anderen führenden Männern der Politik und des wirtschaftlichen Lebens sind Begrüßungskundgebungen eingetroffen. Vorsitzender Auffhäuser eröffnete am Sonntag vormittag den Kongreß und wies auf die immer notwendiger werdende Entscheidung in der Frage der Vorherrschaft zwischen Kapital und Arbeit hin.

Der Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erhält seine besondere Bedeutung durch die Reorganisation des Bundes, die jetzt verhandelt werden soll. Gestern kam die Organisationsfrage zur Sprache. Es handelt sich um nichts weniger als darum, die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Angestelltenverbände zu einem gemeinsamen Vorgehen in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zu verbinden. Wie der Berichterstatter Süß vom Afabund ausführte, hätte sich für die Angestelltenverbände immer mehr die Notwendigkeit ergeben, mit den freien Gewerkschaften in ein festes Verhältnis zu kommen. Zwischen dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Vorstand des Afa-Bundes sei im weiteren Verlaufe der Angelegenheit ein Organisationsvertrag abgeschlossen worden. Dieser Vertrag verpflichte beide Organisationen zu gemeinsamem Vorgehen in allen Fragen, die Angestellte und Arbeiter gemeinsam berühren, und in Fragen, die nur den einen Teil betreffen, zu gegenseitiger Rücksichtnahme. Grundsätzlich wird der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als die gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Arbeiter und der Afa-Bund als die Spitzenorganisation der Angestellten anerkannt. Durch die Berufsorganisation wird die Möglichkeit verstärkt, die Angestellten in freigewerkschaftlichem Sinne zu erziehen. In der Aussprache führte ein Antrag des Zentralverbandes der Angestellten von Großberlin, in den freigewerkschaftlichen Grundsätzen der beiden großen Organisationen die sozialdemokratischen Tendenzen schärfer zu betonen, zu einer lebhaften Erörterung. Der Antrag wurde namentlich mit dem Hinweis bekämpft, daß gerade bei Eröffnung der Tagung auf die politische Neutralität des Afa-Bundes hingewiesen sei.

Der gewerbliche Mittelstand gegen die Steuerlasten.

Die Vertreter des gewerbstätigen Mittelstandes versammelten sich im Berliner Wintergarten zu einer Protestkundgebung gegen die drückenden Steuerlasten, insbesondere gegen die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer. Prof. Dr. Bredt unterzog die Steuerpolitik des Reiches und der Gemeinden einer scharfen Kritik. Die Zahl der Beamten wachse ins Ungeheure. So zähle z. B. das Reichswirtschaftsministerium allein 2000 Beamte. Abg. Drewitz forderte Steuererleichterungen für den Mittelstand und eine Reform der Umsatzsteuer. In einer Entschließung protestierte die Versammlung gegen die Erhöhung der Bahn-, Post- und Telegraphengebühren sowie gegen die Umsatzsteuer, deren Umgestaltung im Sinne einer Schonung des Kleinhandels und des Kleingewerbes nötig sei. Eine Abordnung soll dem Reichskanzler die Wünsche des gewerblichen Mittelstandes bezüglich der Steuerfragen unterbreiten.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Der Reichsausschuß für Wohnungswesen nahm folgende Entschließung an: 1. Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922 und 23 je 200 000 Wohnungen gebaut werden. 2. Zur Deckung der Baukosten sind in den Jahren 1922 und 23 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. 3. Zu diesem Zwecke ist das Wohnungsabgabengesetz vom 26. Juni 1920 weiter auszubauen. 4. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.

Westungarn von den Ungarn geräumt.

(TU) Die westungarische Frage tritt durch die von Italien der österreichischen und der ungarischen Regierung übermittelte Einladung zu einer Konferenz in ein neues Stadium. Gestern ist der italienische Geschäftsträger in Wien, Biancheri, beim Bundeskanzler Schober erschienen und hat ihm die Einladung zu einer Aussprache übermittelt, die voraussichtlich gegen Ende der Woche in Venedig stattfindet und nicht, wie ursprünglich geplant, in Rom. Gegebenenfalls kommt eine Volksabstimmung nach dem Muster der Abstimmung in Kärnten in Betracht. Die Bedeutung des Ententeultimatums ist durch die bevorstehende Konferenz in den Hintergrund getreten. Es verlautet, daß es bis zum 8. Oktober verlängert werden soll. Die ungarische Regierung hat gestern Westungarn geräumt und den Grafen Sigay beauftragt, heute das Uebernahmeprotokoll zu unterzeichnen. Das in Oedenburg verbliebene ungarische Militär steht unter dem Kommando eines Ententeoffiziers. Oesterreich wird die Gegenzeichnung des Uebernahmeprotokolls nicht vornehmen, weil es, solange die Banden nicht aus Westungarn vertrieben sind, diese Uebernahme als leere Formalität ansieht.

Große Erbitterung in Innsbruck.

Wiener Blätter bringen aus Innsbruck Nachrichten über die große Erregung und Erbitterung in allen Schichten der Bevölkerung wegen des bisherigen Mißlingens der Kreditaktion und des Aufkaufes der Effekten durch nicht valutastarke Aufkäufer. Der christlichsoziale Tiroler Anzeiger verlangt, die Landesregierung solle den Verkauf dringender Bedarfsartikel an Landfremde mit eiserner Strenge verbieten, denn sonst würde das Volk in der Verzweiflung zur Selbsthilfe greifen. — Die sozialdemokratische Volkszeitung sagt, der Unwille der breiten Massen der Bevölkerung sei so groß, daß er mit jeder Stunde zum Ausdruck kommen könne. — Die Handelskammer erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, ruhiges Blut zu bewahren und nicht durch panikartiges Zusammenhamstern den Mitbürgern die notwendigen Bedarfsartikel zu rauben. Andererseits fordert die Kammer zum geschlossenen Zusammengehen und Zusammenwirken aller Kreise gegen das Vorgehen fremder Aufkäufer auf. Das „Alpenland" bespricht in diesem Zusammenhang das ungeheure Hinaufschnellen der Preise in Innsbruck, das sich in der Steigerung der Indexziffer von 177 im August auf 260 im Oktober am deutlichsten ausdrückt.

Kleine Nachrichten.

Heute nachmittag um 5 Uhr findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der sich die Reichsregierung mit dem Wiederaufbauabkommen und dessen Ratifizierung beschäftigen wird.

Wie die „Münch. N. N." melden, treten die Präsidenten sämtlicher Eisenbahndirektionen der deutschen Reichseisenbahnen am 7. Oktober zu wichtigen Besprechungen in München zusammen. Der Reichsverkehrsminister wird hierbei den Vorsitz führen.

Der Eisenbahnpräsident der Direktion Frankfurt am Main hat an sämtliche ihm unterstellten Dienststellen eine Verfügung gerichtet, wonach nicht nur aus den dem Publikum zugängigen Räumen, sondern auch aus allen Dienstlokalen die Kaiserbilder zu entfernen sind.

Nach einer Mitteilung der „Wiener Sonn- und Montagszeitung" befindet sich der Schwager des Exkaisers, Prinz Sixtus von Parma, seit einigen Tagen in Steinamanger.

Aus Moskau wird gemeldet: General Brussilow hat auf seinen Wunsch hin den Abschied bekommen und ist zum Generalsekretär der staatlichen Gestüte ernannt worden.

Nach Nachrichten aus japanischer Quelle ist ein Ausgleich zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zustande gekommen, der darauf hinausläuft, daß die Insel Yap japanisch bleibt.

Tagesereignisse.

— **Zu schweren Ausschreitungen** kam es Sonntag in Erfurt anläßlich des Stiftungsfestes des Stahlhelmbundes. Der geplante Umzug war von der Polizei verboten worden. Als sich am Sonntag vormittag Gruppen der Mitglieder im „Rheinischen Hof" zu einem Frühschoppen versammelt hatten, drangen Kommunisten in das Lokal ein und richteten im Saale schwere Verwüstungen an. Die Stahlhelmleute wurden überfallen und übel zugerichtet.

— **(Vom Hamburger Zeitungsstreik.)** Die Hamburger Tagesblätter geben bekannt: Im Interesse der Allgemeinheit sind die Großhamburger bürgerlichen Zeitungen übereingekommen, für die Dauer des Ausstandes der Buchdrucker vom Dienstag ab ein gemeinsames Blatt unter dem Titel „Nachrichtenblatt der Großhamburger bürgerlichen Tageszeitungen" herauszugeben.

— **Die Leiche des Herzogs zu Württemberg** wird am Freitag vormittag 11 Uhr auf dem alten Friedhof in Ludwigsburg an der Seite seiner ersten Gemahlin beigesetzt werden.

Westfalen und Rheinland.

(bu) **Kamen**, 4. Okt. (Verschiedenes.) Nach dem Verwaltungsbericht der Knappschafts-Berufsgenossenschaft für 1920 betrug die Zahl der im deutschen Bergbau beschäftigten versicherten Personen 1 084 501 gegen 967 962 im Vorjahre. Es ereigneten sich im Berichtsjahre 11 829 entschädigungspflichtige Unfälle, im Vorjahre 14 117. Tödlichen Ausgang hatten 2180 Fälle, im Vorjahre betrug die Zahl 2472. Die Getöteten hinterließen 4316 entschädigungspflichtige Verwandte. An Unfallentschädigungen wurden gezahlt rund 59 Millionen Mark gegen 42 Millionen Mark im Vorjahre. Der Rücklage wurden 20½ Millionen Mark zugeführt, und der Betriebsstock wurde um 25 Millionen Mark verstärkt. An Verwaltungskosten wurden 9 Millionen Mark verausgabt, die Kosten der Unfalluntersuchungen, der Feststellung der Entschädigungen, des Rechtsganges und der Unfallverhütung betrugen 2½ Millionen Mark. Die vom deutschen Bergbau aufzubringende Gesamtumlage belief sich auf 114 Millionen Mark gegen 60 Millionen Mark im Jahre 1919. Im Jahre 1920 wurden an Löhnen gezahlt 15 Milliarden, im Jahre 1919 5 Milliarden Mark.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für		am 1. Oktbr.	am 15. Septbr.	am 1. Septbr.
Holland	100 Fl.	3900 Mk.	3430 Mk.	2710 „
Schweden	100 Kr.	2740 „	2370 „	1850 „
Schweiz	100 Fr.	2150 „	1890 „	1466 „
Frankreich	100 Fr.	875 „	762 „	614 „
England	1 Pfd. St.	463 „	408 „	318 „
Amerika	1 Dollar	124,60 „	109,90 „	85,50 „

Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung.

(Das Ende der Familienunterstützungen.) Die Familienunterstützungen von Angehörigen der Personen, die infolge feindlicher Maßnahmen an der Rückkehr aus dem Auslande verhindert oder vom Feinde verschleppt worden sind, hört mit dem 30. September endgültig auf. Nur in einzelnen, ganz besonders gearteten Fällen darf sie mit vorheriger Genehmigung des Ministers des Innern weiter gewährt werden. Den Angehörigen der Gefangenen in Frankreich und Rußland kann die Unterstützung vorläufig noch weiter gewährt werden. Den Witwen und Waisen Gefallener muß die Familienunterstützung bis zur Festsetzung von Versorgungsgebührnissen oder bis zur Entscheidung über die Rentenanträge weiter gewährt werden. Die früheren Einschränkungen bleiben aber bestehen. Sind also die Rentenanträge der hinterbliebenen Witwen und Waisen endgültig abgewiesen, so kommt die Weiterzahlung von Familienunterstützung nicht mehr in Frage, auch wenn Rentenansprüche erneut geltend gemacht werden. Ebenso wird die Zahlung eingestellt, wenn das Militärversorgungsgericht die Anträge abgelehnt hat. Die Angehörigen von Vermißten können die Unterstützung zum Teil bis zum 31. März 1922 bekommen.

Am 17. Oktober beginnt das 10. diesjährige Schwurgericht Dortmund. Für diese Tagung wurden folgende Herren als Geschworene ausgelost: Bergmann August Mecklenbräucker in Unna, Landwirt Wilhelm Bollermann in Kamen und Kaufmann Julius Breer in Lünen.

(Vom Sonntag.) Auch ein übler Zug heutiger Zeit ist das Lärmen auf den Straßen während der Nachtzeit. Diese Klagen werden aber nicht allein in unserer Stadt erhoben, aus allen Städten, auch aus den Großstädten mit ihrer Sipo und Schupo ertönt der Ruf nach „Mehr Ruhe während der Nachtzeit". Der letzte Sonntag durfte natürlich seinen 40 Vorgängern dieses Jahres nicht nachstehen und Lärm war an allen Ecken. Es gibt merkwürdigerweise immer und immer wieder Leute, die erst Sonntags in vorgerückter Stunde ihre schöne (!?) Stimme entdecken und dann auf der Straße ohrenbeleidigende Gesangsproben abhalten; woran die Tiere im Zoologischen ihre Freude haben würden und sicherlich freudig den Chor verstärken würden. Wenn diese Auch-Sänger den ganzen Sonntag über sich der Freude und dem Genusse hingaben und sie von keiner Seite in ihrer Freude gestört wurden, dann sollten sie auch so anständig sein und denjenigen die Freude nicht verderben, denen der tiefe Schlaf Bedürfnis und Notwendigkeit ist.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag bei dem Schuhwarenhändler Carl Stahl, Weststraße 41, ausgeführt. Die Einbrecher kamen vom Edelkirchenhof durch den Garten und erbrachen ein Küchenfenster und stiegen ein. Die Ladentür wurde mit einer schweren Brechstange aufgesprengt und dann gings ans Werk. In 3 Kartoffelsäcke, mit K. St. gezeichnet, wurden für 12 000 Mark Schuhwaren eingepackt und fortgeschafft. Gestohlen sind 27 Paar Damenschuhe, teils mit Lack, Nr. 38–42, Kinderschuhe, 18 Paar Herren-Schnürschuhe Nr. 42–45, lederne Pantoffeln, 7 Paar Ledergamaschen. Auf die Ergreifung der Täter bezw. teilweise Herbeischaffung der gestohlenen Waren setzt Herr Stahl eine Belohnung von 1000 Mark aus.

(Ueberfall.) In der Sonntag-Nacht gegen 12 Uhr wurde der Arbeiter Hermann Logermann, Wernerstraße wohnhaft, auf dem Marktplatz von drei jungen Burschen angehalten und aufgefordert, einen auszugeben oder den Rock herzugeben. Als L. dieses ablehnte, wurde er in die Kampstraße geschleppt und dort nach nochmaliger Ablehnung der Forderung von dem Arbeiter Max N. von hier zu Boden geworfen und ihm der Hut abgenommen. Zwei Kumpane des N. standen zehn Meter davon Wachtposten. N. riß zum Schluß dem Bergmann die Uhr aus den Händen und verschwand damit. Gegen die erkannten Täter ist Strafantrag gestellt.

*

Pelkum, 4. Okt. Die Beamtenvereinigung des Amtes Pelkum nahm zu der nach ihrer Ansicht unzulänglichen Erhöhung der Teuerungszulage folgende Stellung: Eine fühlbare Linderung der Not der Beamtenschaft im Industriebezirk ist damit nicht eingetreten. Für einen großen Teil, besonders für die Beamten der unteren Gehaltsstufen, ist das Existenzminimum nicht erreicht. Der Deutsche Beamtenbund wird daher aufgefordert, sofort, unabhängig von einer allgemeinen Besoldungserhöhung, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß eine besondere Zulage für das rheinisch-westfälische Industriegebiet (Industriezulage) als Ausgleich der besonderen Teuerung dieses Gebietes neben den anderen Teuerungszulagen, und zwar 25 Prozent des gesamten Einkommens, von der Regierung bewilligt werde. Bei den dazu nötigen Verhandlungen ist den Führern der Beamtenschaft des Bezirks entschiedener Einfluß einzuräumen. Der Beamtenbund soll ferner unablässig auf die Regierung einwirken, daß baldigst eine Umbildung der Besoldungsordnung nach sozialen Grundsätzen mit bedeutend erhöhten Grundgehältern erfolgt. Neben dem Gehalt sind entsprechend der jeweiligen Teuerung Ausgleichszulagen zu zahlen. Ferner wurde der Zusammenschluß aller Ortskartelle von Unna-Kamen bis Werne-Hamm, Bockum-Hövel in Erwägung gezogen zur einheitlichen Bearbeitung der Tagesfrage „Industriegebiet-Ost" und zur Schaffung eines Wirtschaftsbundes zur Beschaffung billiger Lebensmittel und Kleidungsstücke. Der Vorstand wurde ermächtigt, die nötigen Verhandlungen zu führen.

Dortmund, 3. Okt. (Verschiedenes.) Die seit längerer Zeit über eine Verbindung der Dortmunder Landkreisbahnen mit den vestischen Kleinbahnen schwebenden Verhandlungen durch Herstellung einer Verbindung Brambauer-Waltrop sind nunmehr durch eine Entscheidung des Siedlungsverbandspräsidenten erledigt. Dortmund beabsichtigte, seine Linie **Dortmund-Hauptbahnhof-Brambauer bis Waltrop** weiter zu führen, während man auf Recklinghauser Seite den Bau dieser Strecke für sich in Anspruch nahm. Nach der Entscheidung des Siedlungsverbandspräsidenten wird Recklinghausen jetzt diese Linie bauen. Dortmund beabsichtigt nun seine Strecke nach Mengede über Waltrop hinaus zu den Dortmunder Rieselfeldern zu verlängern. Auch die sehr nötige Straßenbahnverbindung Dortmund-Waltrop ist nunmehr in ein Stadium getreten, das die Verwirklichung des Projekts in absehbarer Zeit erwarten läßt. — Einem **Schwindler** fiel die Zigarrengroßhandlung von Schweck hier zum Opfer. Von Witten aus erhielt die Firma brieflich eine Bestellung auf Lieferung von Tabakwaren im Werte von 3500 Mark. Tags darauf erschien ein Mann, bezog sich auf seine Bestellung und behauptete, 3500 Mark auf das Postscheckkonto der Firma eingezahlt zu haben. Er legte einen abgestempelten Einlieferungsschein von Witten über die Einzahlung vor. Der Geschäftsinhaber händigte ihm darauf die bestellten Waren aus. Als nach einigen Tagen keine Nachricht von dem Postscheckamt über den Eingang der 3500 Mark eintraf, wurde man unruhig und stellte Nachforschungen an, die ergaben, daß die von dem Schwindler in Witten angegebene Straße gar nicht existiert. Der Posteinlieferungsschein war gefälscht.

*

Der Ueberfall auf die Königsborner Lohngeldkutsche.

Dortmund, 3. Okt. Der Schlosser Karl Mier, der Freitag zu 4 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist, weil er an dem Ueberfall auf den Lohnwagen der Zeche Hansa im März 1919 teilgenommen hat, erschien Sonnabend wiederum wegen Teilnahme an einem räuberischen Ueberfall vor den Geschworenen. Es handelte sich diesmal um den Ueberfall, der im Juni 1919 bei Altenbögge auf den Lohnwagen der Akt.-Ges. Königsborn verübt worden ist. Das außerordentliche Gericht hat gerade vor 2 Jahren die übrigen Täter abgeurteilt. Diese haben meist recht lange Zuchthausstrafen erhalten. Karl Mier hat es verstanden, sich lange Zeit dem Arm der strafenden Justiz zu entziehen.

Der von dem Kutscher Thiemann gelenkte Zechenwagen der Akt.-Ges. Königsborn, in dem der Rechnungsführer Rothenberg mit 310 600 Mark Lohngeldern für die Belegschaft des Schachtes Bönen saß, die er bei der Reichsbank in Unna in Empfang genommen, wurde am Nachmittag des 30. Juni 1919 auf der Kreisstraße von Heeren nach Altenbögge in der Nähe der Sesekebrücke bei Altenbögge überfallen und beraubt. Karl Mier hat den Ueberfall inszeniert. Als Genossen bei dem frechen Ueberfall gewann er die ihm z. T. schon befreundeten Friedrich Kleff, Kindler, August Schulte, Scheer und noch einige andere. Diesen wies er die Rollen zu. Dem Friedrich Kleff, den er bestimmte, das Zechenfuhrwerk anzuhalten, rief er dabei zu: „Daß Du mir den Wagen anhältst, sonst schieße ich Dich über den Haufen!" Die Räuber begaben sich im Auto von Dortmund aus nach dem Tatorte und erwarteten, während das Auto abseits gefahren war, an einer Straßenkrümmung den Wagen mit den Lohngeldern. Als der Wagen sich näherte, gab die unter Mier stehende Bande Schreckschüsse in die Luft ab. Alsbald sprang Kleff vor, fiel den Pferden in die Zügel und rief dem Kutscher zu, sofort zu halten, indem er seinem Befehl durch einen vorgehaltenen Revolver und die Worte: „Wenn Du weiter fährst, schieße ich und Du bist eine Leiche!" Nachdruck verlieh. Der Kutscher hielt an und im Nu waren auf der einen Seite des Wagens Mier und Kindler, auf der anderen Schulte und Scheer, um drohend ihre geladenen Revolver auf Rothenberg zu richten. Rothenberg wollte sich beherzt zur Wehr setzen und griff nach dem Revolver. Mier packte ihn am Arm, entriß ihm den Revolver und sagte: „Was, Du Lump willst noch schießen?" Gleichzeitig warf er ihm Pfeffer ins Gesicht. Dann ging er an eine Visitation der Taschen Rothenbergs, in denen er 1500 Mark fand. Auf die Frage, ob er noch mehr Geld habe, antwortete Rothenberg, daß er noch 82 Mark eigenes Geld bei sich habe. Darauf herrschte ihn Mier an: „Dein Privatgeld wollen wir nicht, Du Lump!" Mier hob nun die Kassette mit den Lohngeldern aus dem Wagen heraus und übergab sie Kindler, der sie in das mittlerweile wieder herbeigekommene Auto der Räuber trug. Um sicher davonzukommen, spannten die Räuber die Pferde des Lohnwagens aus und hießen dem Rothenberg und dem Thiemann den Wagen nicht eher zu verlassen, bis sie entkommen seien. Andernfalls würden sie ihr Leben verwirkt haben. Mier und Genossen begaben sich über Werne nach Lünen, wo sie die Beute teilten. Mier hat davon etwa 45 000 Mark erhalten. Das übrige Geld bekamen die anderen, je nach Beteiligung. Die Verhandlung hatte zur Folge, daß die Geschworenen den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig sprachen und ihm mildernde Umstände versagten. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Ferner beantragte er, daß die gestrige Strafe von 4 Jahren Gefängnis in eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 8 Monaten umgewandelt und dann auf eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust erkannt werde. — Das Gericht erkannte heute auf 7 Jahre Zuchthaus und dann auf eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus und auf [illegible] Jahre Ehrverlust.

*

Der Phönix-Abschluß 1920/21.

Hörde, 3. Okt. Wenn auch allseitig auf einen günstigen Abschluß der Phönix-A.-G. gerechnet wurde, so übertreffen die nunmehr veröffentlichten Ergebnisse des Vorjahres doch bei weitem das, was man erwartet hatte. Während der Rohgewinn von 68 943 839 Mark im vorhergehenden Jahre auf 128 590 033 Mark stieg, erreichte der Reingewinn mehr wie den doppelten Ertrag des Jahres 1919/20. Er betrug, nach Abzug von 20 305 098 (21 256 379 i. V.) ordentlicher Abschreibungen 108 284 934 (47 687 460) Mark. Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahr von 4 623 196 (2 796 691) Mark stehen somit 112 908 131 (50 484 152) Mark zur Verfügung. Es wird der Hauptversammlung vorgeschlagen werden, hieraus 25% (20%) Dividende auf 100 Millionen Mark Aktienkapital — die zur Sicherstellung des Betriebsvortrages mit der Gewerkschaft Zollverein hinterlegten 30 Mill. Mark Aktienkapital bleiben dividendenlos — gleich 25 000 000 (21 200 000 Mk. auf 106 000 000 Mk. Aktienkapital) zu verteilen und folgende Rücklagen vorzunehmen: Für Bergschäden 6 000 000 (3 000 000) Mark, für Körperschaftssteuer 6 000 000 (0) Mk., für zweifelhafte Forderungen 2 000 000 (0) Mk., für Feuerversicherung 5 000 000 (3 000 000) Mk., für Talonsteuer 2 000 000 (0) Mark, für Werkerhaltung 48 000 000 (10 000 000 Mk. für Ueberteuerung von Ersatz- und Erneuerungsbauten), Ueberweisung an die Arbeiterpensionskasse 2 500 000 Mark, Ueberweisung an die Beamtenpensionskasse 3 000 000 Mk. (5 000 000 Mk. für Zuschuß zu den Pensionen der Arbeiter und Beamten), Ueberweisung an den Verfügungsbestand 2 000 000 (1 000 000) Mk., Ueberweisung an den Bestand für Kinderpflege 3 000 000 Mk., Ueberweisung an die Beamten-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse der Nordsternzechen 500 000 (0) Mk. Nach Abzug der satzungsgemäßen Gewinnanteile des Aufsichtsrats von 1 994 840 Mk. (2 660 955 Mk. für Aufsichtsrat und Vorstand) verbleibt noch ein Restbetrag von 5 913 290 (4 623 196) Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Hauptversammlung soll auf den 3. November nach Köln einberufen werden.

*

(O) **Gelsenkirchen**, 1. Okt. (Ein Schwindelgenie.) Nach zeitgenössischen Vorbildern ging der Kaufmann Baumgartner auf den Dummenfang aus. Er gab sich als Direktor des Stinneskonzerns aus und ließ durch seinen Bruder verbreiten, daß es ihm dank seines Einflusses ein Leichtes sei, die Kurse an der Börse ganz nach Belieben auf- und niedertanzen zu lassen. Auf diese unglaublich dumme Geschichte fielen zahlreiche Leute herein, denen Baumgartner nach Klanteschem Rezept dicke Profite in Aussicht stellte. Etwa eine halbe Million Mark flossen in die Taschen des Herrn Direktors, der natürlich auf Grund dessen ein feines Leben führte. Baumgartner und sein Bruder wurden festgenommen, als sie mit gepackten Koffern eben verreisen wollten.

(O) **Milspe**, 3. Okt. (Unglaubliche Roheit.) Weidediebe töteten in Willringhausen eine wertvolle Kuh, indem sie ihr zunächst einige Stiche am Halse beibrachten, dem noch lebenden Tiere die Zunge ausschnitten und dann die Viertel abtrennten. Bisher ist es leider nicht gelungen, die Verüber dieser unglaublichen Roheit zu ermitteln.

(O) **Grevenbrück**, 3. Okt. ([illegible]) Drei junge Leute, die angeblich aus Bamenohl stammen, zertrümmerten nachts das Johannes-

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

44. Fortsetzung.

Natürlich, dachte Lore erbittert, das mußte ja auch so kommen. Er schämte sich seiner Jugendeselei, von der die Frau um Gottes willen nichts erfahren durfte. Am Ende würde sie eifersüchtig und machte ihm Vorwürfe für längst vergangene Dummheiten. So war die Welt nun mal. Die vergaß nicht so schnell, wie sich immer nur der einbildet, der etwas auf dem Kerbholz hat. Außerdem hielt Liedenfeld sie wahrscheinlich heute noch für das Modell des italienischen Malers, vielleicht hatte er auch schon von ihrer Scheidung gehört und sich seinen Vers darauf gemacht. Pedantisch ordentlich und sauber, wie er ihr in der Erinnerung vorschwebte, sorgte er nun dafür, daß jede Berührung mit der Frau, die er doch einst so heiß geliebt haben wollte, unterblieb, um die Ruhe seiner Ehe nicht zu stören. Von seinem Standpunkt aus gewiß sehr richtig und wohl begreiflich.

Dennoch war ihr die flüchtige Begegnung eine herbe Lehre mehr von der Unerbittlichkeit gewisser Gesetze, denen sich die Gesellschaft nun einmal aus freiem Willen sklavisch unterwirft. Solche bitteren Erfahrungen und die Oberflächlichkeit ihres Wanderlebens brachten die einsame reiche Frau manches Mal in Gefahr, ihr Herz zu verhärten und die Edelreife zu vernichten, die der Rittmeister von Wetzel doch in ihr zu erkennen geglaubt hatte.

Da war es für sie ein Glück, daß sie in sich selber eine geheime Kraft hütete, aus der sie schöpfte, wenn sie fühlte, daß ihre Seele im Staub zu ersticken drohte und daß ihr die Augen vom kaleidoskopartigen Wechselbild ihres Lebens ermüden wollten. Wie ein stilles, verborgenes Feuer brannte, seit ihrer Scheidung zu wunderlich hellem Glanze entfacht, Liebe zu dem früheren Gatten in ihrem Herzen.

Zwei und ein halbes Jahr waren verflossen, seit sie das letzte Wort der Frage an ihn gerichtet hatte, auf das er ihr die Antwort schuldig blieb. Eine lange, lange Zeit! Lang genug zum Denken und Ueberlegen, wenn auch niemals zum Bereuen. Sie hätte, ein zweites Mal vor dieselbe Lage gestellt, genau wieder so gehandelt ... und dennoch wußte sie, daß sie ihn nie so innig geliebt hatte, als seit sie von ihm ging.

Es half also gar nichts, daß sie sich oft in heißen, bösen Trotz gegen ihn hineinzujagen versuchte. Ihr Herz blieb allemal der Sieger in dem Widerstreit zwischen kühler Vernunft und warmem Gefühl. Sie liebte ihn, trotz seiner Schwäche, oder vielleicht gerade erst recht um dieser Schwäche willen, die ihn zum Sklaven seiner Umgebung und seiner Lebensverhältnisse machte. Liebte ihn mit einer fast mütterlichen Zärtlichkeit, die nichts mehr für sich begehrt und tausend Entschuldigungen für die Fehler eines geliebten Jungen bereit hat. Sie schämte sich auch vor ihrem Herzen dieser Liebe nicht, und nur, als Monat um Monat verstrich, ohne ihr jemals den noch immer heimlich erhofften Versuch einer Annäherung von seiten des Grafen zu bringen, wurde sie langsam irre an ihrem eigenen Stolz. War es nicht am Ende haltlose Schwäche, was sie in zu weichlicher Selbsttäuschung vor sich selber noch Liebe nannte?

Aus diesen Zweifeln und inneren Kämpfen trug sie doch eins als Preis davon: die verstehende Güte, die sie so oft an der eigenen Mutter bewundert hatte.

Ganz allmählich klärte sich ihr schroffes, zu vorschnellem Urteil geneigtes Temperament zu ruhiger, sicherer Liebenswürdigkeit herab, die mit verbindlicher, und doch unnahbarer Kühle sich alles Zweifelhafte fernhielt, was sich auf ihrem Reiseleben an die junge, und dabei schöne und reiche Frau herandrängte.

Obgleich sie sich mehr und mehr der eigenen Lebenskraft bewußt wurde, empfand sie es stets dankbar, wenn ihr von außen neue Nahrung zugeführt wurde.

Kam da eines Tages ein Brief von ihrem alten Rechtsbeistand, der eine Einlage enthielt, und sie las:

Hochzuverehrende Frau Gräfin!

Wo ich doch schon immer mal schreiben wollte und nie nich wußte kein Mensch so recht, wo Frau Gräfin grade sind. Bis unsre Lotte, was Frau Gräfin ja wissen, weil sie doch das Lottchen is, was damals im Mühlteich lag, na, Frau Gräfin wollten ja immer nich das unsereiner da viel von redt aber was ein richtiges Mutterherz so fest hält, das vergißt man nich und wenn es noch so lang her is. Ja, also Lottchen is ein heller Kopf, wie der Herr Pastohr sagt, er macht immer sone netten kleine Witze was auch wegen seiner Pastohrlichkeit keinen weiter was angehen braucht. Un sie kann doch immer die meisten Sprüche, weil nu in acht Wochen Ostern is un sie eingesegent wird, und is auch bei Herrn Rechtsanwalt gewesen wo wir doch wußten wie er die ganze traurige Sache in die Hände genommen hat. Na, un das wollte ich man bloß sagen, die ganzen Kirdorfer Damen mit ihrer Klatscherei die haben bloß Schuld. Und der Frau Degener habe ich kein Fleisch mehr geliefert, von dem Tage an wo die Scheidung hier rausgekommen ist.

Aber wenn Frau Gräfin mal was brauchen, ne schöne Kalbskeule oder 'n feines abgehangenes Rostbeef, is immer für Sie da. Bloß ein Telegramm un denn als Eilpaket gut in Wachstuch, dann kann denn nichts mit passiern. Und was die alte Wiedebachsche is, der wollte ich auch nichts mehr liefern, aber mein Mann sagt, Kundschaft is Kundschaft, das andere geht uns nischt an. Un mit dem Herzen un mit den Gefühlen kann er keene Geschäfte machen. Er is sonst ein guter Mann un tut was er soll, aber da ließ er sich nich reden. Man weiß ja auch nich so recht, ob die Mutter von dem bösartig boshaften Brief gewußt hat oder ob es bloß die arme alte Suse gewesen is. Die muckert sich so hin. Seit der alte Amtsgerichtsrat tot ist, sitzt sie stundenlang auf dem Kirchhof un macht Kränze aus Gras, un Blumen un alles was ihr so in die Finger kommt, aber sie is ganz harmlos un ruhig. Das is ja auch schlimm für die Mutter un alles was recht is, muß recht bleiben und sie hat nie mit den andern mitgeklatscht über Frau Gräfin, seit das von der Scheidung hier bekannt wurde. Sie is überhaupt still un manierlich geworden un werd ihr man zum Sonntag ruhig die 5 Pfund Filet hinschicken. Nee, das sage ich immer, was recht is, is auch in der Ordnung. Nun muß ich schließen mit vielen Grüßen von Lottchen un von meinem Mann. Un Frau Gräfin sollten doch man sehen, daß wir in Kirdorf nicht lauter eklige olle Klatschen sind un denken immer in Liebe und Verehrung an unsere liebe Frau Gräfin, womit ich in allerhöchster Hochachtung verbleibe

Frau Johanna Depke,
Fleischermeister am Markt in Kirdorf.

Den 10. Februar 1914.

Lore weinte fröhliche, lindernde Tränen über diesen Brief. Dann tat sie ihn in die kleine Lederschatulle, in der sie nur wichtige Papiere und ein Päckchen zusammengebundener Briefe aufhob, denen sich von Zeit zu Zeit ein neuer zugesellte.

Als Ostern ins Land zog, erhielt Lottchen eine reizende, goldene Uhr und Frau Depke einen herzhaft munteren Plauderbrief, den sie mit ihrem Mädchennamen unterzeichnete. Diese Namensablegung war das letzte Opfer gewesen, das sie ihrem Stolze und des Stolzes willen brachte, denn sie liebte ihren klingenden Grafentitel, weil Herbert ihn ihr einst gab. Doch auch das mußte sein und sie fühlte sich damit des Beifalls ihres einzigen wahren Freundes sicher, dem sie, weit über der Schar ihrer mehr oder minder flüchtigen Reisefreundschaften, einen festen Platz in ihrem unruhigen Leben bewahrt hatte. Das war der Rittmeister von Wetzel.

Er war in eine Grenzgarnison des Ostens versetzt worden und teilte ihr das, bald nachdem ihre Scheidung ausgesprochen war, mit. Sein Brief hatte sich nicht mit einem Wort auf Vergangenes bezogen, nur von seinem neuen Lebenskreis berichtet und um Nachricht von ihr gebeten. Seitdem gehörte diese ganz platonische, rein kameradschaftlich durchgeführte Korrespondenz zu Lores Leben wie die Sonne, die des Morgens aufgehen mußte, um ihr den Tag zu erhellen. Sie dankte den Briefen dieses reifen Mannes viel, darüber war sie sich in den zahlreichen Stunden des Alleinseins, die sie durchlebte, längst klar geworden. Sie lächelte auch nicht mehr über seine straffe, altmodische Art, ihr zu huldigen, und ließ sich seine Liebe, die sie, trotzdem nie ein Wort von Liebe zwischen ihnen geschrieben war, doch mit dem sicheren Instinkt des geliebten Weibes herausfühlte, schweigend in herzlicher Dankbarkeit gefallen.

Fast zwei Jahre führte sie nun ihr Wanderleben von Hotel zu Hotel und konnte sich noch immer nicht zur Seßhaftigkeit entschließen. Des Freundes Briefe regten die Frage stets von neuem an, auch zu einer geregelten Beschäftigung suchte er sie zu bringen, ohne daß es ihm bisher gelungen war, so umwälzenden Einfluß auf ihre nervöse Ruhelosigkeit zu gewinnen. Eins hatte er aber sehr bald erreicht: sie las jetzt sehr viel.

Der still für sich lebende, ältere Offizier trieb selber eifrige Geschichtsstudien und war vor allem ein großer Goethe-Versteher. Langsam und ohne daß sie es selber spürte, nahm er sie in seinen Briefen bei der Hand und leitete sie an, sich auch mit suchender Seele in seinen geliebten Goethe zu versenken. Daneben interessierte er sie für alle Neuerscheinungen in der Literatur, die er scharf kritisierte und dadurch auch Lore zu selbständigem Urteil anregte.

So nahm er von dieser Frau Besitz, indem er sie zu sich hinauf erzog und immer nur das Gute, ja, das Beste, von ihr zu erwarten schien. Er zwang sie damit moralisch, ihn nicht zu enttäuschen, und ihre Seele wuchs unter seiner Pflege, wie eine selten schöne Blume, von der er dennoch wußte, daß er sie nicht für sich behütete.

(Forts. folgt.)

Standbild auf der Lennebrücke, indem sie das Gesicht und die Arme sowie das darin ruhende Kreuz mit dem Christuskorpus mit Steinen bombardierten. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

(D) **Oberhausen**, 3. Okt. (Als Leiche gelandet.) Die 15 Jahre alte Tochter eines Mülheimer Beamten hatte sich vor einer Reihe von Tagen aus dem elterlichen Hause entfernt. Jetzt ist das Mädchen als Leiche aus dem Rhein-Herne-Kanal gezogen worden.

Essen, 3. Okt. **Der zweite Sturm auf das Essener Gerichtsgefängnis** am Nachmittag des 28. März letzten Jahres und die Ausplünderung gefangener grüner Sicherheitsleute beschäftigte Sonnabend das Essener Schwurgericht. Angeklagt des Raubes waren der Schachtmeister Alex Lauer und der Bergmann Stanislaus Schwalleck, beide aus Essen. Als am Nachmittag des genannten Tages der Angeklagte Lauer mit einer Truppe von 30 bis 40 Mann Rotgardisten die rote Wache, die seit dem 19. März, dem Tage des Einmarsches der Rotgardisten in Essen, das Gefängnis besetzt hielt, überrumpelt hatte, wurden die Gefangenen befreit und Gerichtsakten und Bücher im Gefängnishof verbrannt. Nur die in den Straßenkämpfen gefangenen grünen Mannschaften, etwa 200 Mann stark, wurden im Gefängnis belassen und in Einzelzellen gesperrt. Dann drangen Rotgardisten in die Zellen ein und nahmen den Grünen mit vorgehaltenem Revolver Geld und Wertsachen ab. Von den Plünderern wurden die beiden Angeklagten mit Bestimmtheit wiedererkannt. Das Schwurgericht verurteilte Schwalleck unter Versagung der mildernden Umstände zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren 6 Monaten, Lauer unter Zubilligung der mildernden Umstände zu 4 Jahren Gefängnis, die mit einer früher gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe von 4 Jahren zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 6 Jahren 3 Monaten zusammengezogen werden. Beiden Angeklagten werden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

(D) **Duisburg**, 3. Okt. **(Im Gefängnis erhängt.)** Im hiesigen Polizeigefängnis hat sich nachts der wegen Sittlichkeitsverbrechens in Haft genommene Paul Neumann erhängt.

Düsseldorf, 3. Okt. **(Milchstreik.)** Da die Stadt Düsseldorf vom 1. Oktober an die Milchversorgung übernommen hat, ist es mit den Milchgroßhändlern zu Differenzen gekommen. Die Milchgroßhändler sind Sonnabend in den Streik getreten und haben die Versorgung der Stadt mit Milch eingestellt. Die Stadt versucht mit Hilfe der Konsum-Genossenschaften die Milchverhältnisse weiterhin sicherzustellen.

* **Düsseldorf**, 1. Okt. **Fortgesetzte Aspirindiebstähle** auf den Farbwerken in Leverkusen beschäftigten die Düsseldorfer Strafkammer in einer Verhandlung gegen acht Personen aus Wiesdorf. Von dem Schreiner Matthias Hannes war der bei den Farbwerken beschäftigte Arbeiter Peter Rocholt, ein geistig minderwertiger Mann, überredet worden, sich Aspirintabletten anzueignen. Rocholt nahm im Laufe mehrerer Monate für 25—30 000 Mark solcher Tabletten mit und übergab sie dem Hannes für geringes Geld. Dieser verkaufte sie an den Arbeiter Heinrich Frank und den Schreiner Josef Geuenich, die sie wieder an einen Bäckermeister und drei Frauen veräußerten. Hannes wurde als der geistige Urheber der Diebstähle wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahre Zuchthaus, Rocholt zu 1 Jahre Gefängnis und Frank und Geuenich zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis zu 6 Monaten.

* **Aachen**, 1. Okt. **Ein Schmuggler**, ein 21jähriger, in Düsseldorf geborener, arbeitsscheuer Mensch, war seinerzeit vom Aachener Wuchergericht wegen Zigarettenschmuggels mit 2 Monaten Gefängnis und 18 000 Mark bestraft worden. Er kam dann in Geldschwierigkeiten und führte nun ein Räuber- und Zigeunerleben. Ende Mai dieses Jahres überfiel er mit einem starken Eichenknüppel einen Schmied in Hanrath in dessen Verkaufsbude. Der Ueberfallene konnte ihm aber trotz starken Blutverlustes abwehren. Wegen versuchten Raubes verurteilte jetzt das Schwurgericht Aachen den Schmuggler zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

(D) **Wiesdorf**, 1. Okt. **Die Gewerkschaften von Wiesdorf**, dem Sitz der Bayerschen Farbenfabriken, haben beschlossen, das für die Russenhilfe gesammelte Geld den Hinterbliebenen der Opfer von Oppau zukommen zu lassen.

Aus aller Welt.

— **Die 26. Generalversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer** wurde in der Universität zu Breslau eröffnet. Im Namen der Reichsregierung begrüßte Ministerialrat Krüger vom Reichsarbeitsministerium die Versammlung. Er teilte mit, daß in einer wichtigen Besprechung im Reichsarbeitsministerium, an der auch der preußische Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister teilnahmen, ein grundsätzliches Uebereinkommen dahin erzielt wurde, daß für Oberschlesien eine besondere Siedlungsaktion in Angriff genommen und ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen gegründet werden soll.

— **Schwerer Ueberfall auf ein Gehöft.** Räuber drangen nachts in das Gehöft des Landwirtes Wilms in Dorstadt bei Wolffenbüttel ein. Als die Einbrecher bei Durchsuchung der Räume in das Schlafzimmer des Besitzers kamen und dieser erwachte, wurde er durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Auch die aus einem Nebenzimmer herbeieilende Ehefrau wurde mit Schüssen empfangen und sehr schwer verletzt. Als das Dienstmädchen die Lichtanlage einschaltete, flüchteten die Räuber. Wilms hatte sich mit einem Schlachtermesser zur Wehr gesetzt und dabei einem der Räuber Verletzungen zugefügt, da Blutspuren von dem Grundstück bis nach dem Waldesrande führen. Es ist möglich, daß man diesen Räuber bald faßt, da er vermutlich erschöpft zusammengebrochen sein wird. Die Durchsuchung auf dem Grundstück ist durch Landjäger und Kriminalbeamte, die sich im Automobil von Wolfenbüttel nach dem Tatorte begaben, erfolgt. Einer der Täter, ein früherer Knecht des Ueberfallenen, ein Pole, wurde auf dem Grundstück schwer verletzt aufgefunden. Er hatte einen tiefen Schnitt und Stichwunden im Unterleibe, die ihm von seinen Komplizen beigebracht sind, weil er sich angeblich weigerte, weiter mitzutun. Der Verletzte hatte Schmiere gestanden. Gestohlen haben die Eindringlinge alles, was an Wertsachen im Hause war. Wilms wurde durch sechs Revolverschüsse und seine Frau durch zwei schwer verletzt.

— **Ein schweres Verbrechen** ist in Paris jetzt nach 18 Monaten aufgeklärt worden. Am 18. April 1920 wurde von Anglern ein zerstückelter menschlicher Körper aus der Seine gefischt, der in einem amerikanischen Militärsack eingeschnürt war. Nachdem verschiedene Versuche, die Identität des Leichnams festzustellen, gescheitert waren, wurde der Fall als unaufgeklärt zu den Akten gelegt. Vor kurzem ist nun ein ähnlicher Fund gemacht worden, nämlich der Körper einer zerstückelten Frau, der den Pariser Blättern zu manchen Hypothesen Anlaß gab. Dieser neue Fund erinnerte eine Leserin an das Verschwinden ihres Bruders Gaston Jobin, der als Zimmerkellner im Grandhotel angestellt war und seit dem März 1920 nichts mehr von sich hören ließ. Die Polizei ging dieser Spur nach und entdeckte, daß Jobin von seiner Frau und ihrem Geliebten, einem gewissen Gaston Boriger, ermordet und die Leiche zerstückelt worden war. Das verbrecherische Paar hatte dann mit den Ersparnissen Jobins eine Wirtschaft in Toule gekauft, wo beide jetzt verhaftet wurden. Sie haben gestanden, daß sie sich den Gatten vom Hals schaffen wollten, „um mehr Freiheit zu haben". Der Mord ist in einer Wohnung in der Rue de Vaugirard verübt worden. Alle häßlichen Einzelheiten des Verbrechens erzählten die Mörder, die von Toule nach Paris gebracht wurden, mit größtem Zynismus.

— **Ein großer amerikanischer Mehldampfer auf Grund geraten.** Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge ist der große amerikanische Dampfer „Vasco", mit einer Mehlladung nach Petersburg unterwegs, in der Finnischen Bucht auf Grund geraten. Das Schiff droht wrack zu werden. Die Mannschaft mußte das Schiff verlassen. Ueber ihr Schicksal ist nichts bekannt.

*

Von einer Verbrecherin hypnotisiert.

Aus Bregenz wird gemeldet: Vor einigen Wochen kam zu einem Bauern in Leck ein junger Mann und wollte sich als Knecht verdingen. Er hatte aber weder Papiere, noch wußte er seinen Namen und seine Herkunft. Er wurde von der Gendarmerie nach Bludenz geführt, dort im Armenhause untergebracht und beim Magistrat zu Kanzleiarbeiten verwendet. Eine Veröffentlichung des Falles in den Zeitungen hatte keinen Erfolg. Da der junge Mann seiner Mundart nach zweifellos Reichsdeutscher war, wurde er nach Lindau gebracht. Als man schließlich darauf verfiel, daß der junge Mensch das Opfer verbrecherischer Hypnose geworden sein könnte, nahm ihn auf Veranlassung des Lindauer Magistrats ein dortiger Arzt in Behandlung. Nach mehreren Versuchen gelang es ihm, Licht in die Sache zu bringen. Er versetzte den Patienten durch Hypnose in die Schulzeit zurück, und erfuhr auf diese Weise, daß er Walter Werner heiße und in Köln-Braunsfeld wohne. Der junge Mann erzählte dann, daß er auf der Bahnfahrt von München nach Kempten mit einer Dame ins Gespräch gekommen sei, die ihm nacheinander gegen den eigenen Willen, 2000 Mark Bargeld, sämtliche Schriften und die ganze Erinnerung an seine Vergangenheit nahm. Seine Fahrkarte hatte sie gegen eine solche mit dem Fahrziel Immenstadt vertauscht und ihn bewogen, dorthin zu fahren. Auf die telegraphische Nachricht hin eilten sofort die Eltern aus Köln nach Lindau, um ihren längst vermißten Sohn in Empfang zu nehmen. Nun kam eine weitere Gaunerei an den Tag. Als die Eltern längere Zeit ohne Nachricht von ihrem Sohne blieben, ließen sie ihn als abgängig ausschreiben. Daraufhin meldete sich bei den wohlhabenden Leuten ein Mann, der sich als Privatdetektiv ausgab und sich gegen eine Vorauszahlung von 3000 Mark und 1000 Mark Spesen zur Aufforschung des Vermißten erbötig machte. Nach weniger Zeit erhielten die Eltern ein von der französischen Militärbehörde beglaubigtes Telegramm, laut dem Walter Werner in die französische Fremdenlegion eingetreten sei. Daraufhin gaben die Eltern ihren Sohn für verloren und stellten alle weiteren Nachforschungen ein. Um so größer war ihre Ueberraschung und Freude, den Vermißten wiederzufinden.

— **Ein schwerer Einbruch** wurde in die Kunstkammer der Bibliothek in Weimar verübt. Zahlreiche Kostbarkeiten von unersetzlichem Wert fielen den offenbar mit den Räumlichkeiten vertrauten Tätern zum Opfer, so kostbarer Elfenbeinschmuck, viele Münzen aus Edelmetall, auch der mit Edelsteinen besetzte Degen Bernhards von Weimar.

— **Zum Pariser Warenhausbrand.** Die Feuerwehr war die ganze Nacht hindurch damit beschäftigt, die Trümmer des Gebäudes des Warenhauses Prince unter Wasser zu setzen. Die Menschenansammlungen vor der Unglücksstätte haben vielen Taschendieben ihr Handwerk erleichtert. Eine Reihe von Leuten, die der Feuersbrunst zusahen, sind ihrer Geld- und Handtaschen beraubt worden. Beim Polizeikommissar sind nicht weniger als 20 Klagen eingelaufen. Die gestohlenen Geldbeträge erreichen eine ziemliche Höhe. Donnerstag um 5 Uhr ist eine Delegation Londoner Feuerwehrleute eingetroffen, die sich die Methode an Ort und Stelle ansehen wollen, mit der die Pariser Feuerwehr der gewaltigen Feuersbrunst zu Leibe ging. Der Schaden, der durch den Brand angerichtet wurde, wird auf etwa 50 Millionen Francs geschätzt.

Der Billionär.

(W. B.) Noch vor wenigen Jahren war der „Billionär" ein Fabelwesen, die Verkörperung eines — sprachlichen Mißverständnisses. Der Amerikaner bezeichnet schon die Summe von 100 Millionen als eine „Milliarde" (daher die Milliardäre in den Vereinigten Staaten). Unsere „Milliarde" (1000 Millionen) wieder führt den französischen Sprachgebrauch „Billion". So kam es, daß der amerikanische hundertfache Millionär sich auf dem Wege nach Europa zunächst in einen tausendfachen Millionär und dann — über Paris — in den unfaßbaren „Billionär", den Besitzer eines dreizehnstelligen Vermögens verwandelte. In Zeitungen und Zeitschriften konnte man denn auch tatsächlich lesen, daß Männer wie Rockefeller und Carnegie über das Millionenfache einer Million verfügten. Selbstverständlich war dieser „Billionär" eine Unmöglichkeit. Der ganze in Geld ausdrückbare Besitz der Menschen mochte (und wird auch heute) etwa 3 Billionen (3000 Milliarden) Goldmark betragen.

Aber was damals der phantastische Ausdruck eines Wortmißverständnisses war, wird heute durch die Valuta zur Wirklichkeit. Der Billionär nach deutschem Sprachgebrauch, also der millionenfache Millionär, existiert wirklich, man braucht ihn nur in die entsprechende Währung umzurechnen. Das Vermögen des reichsten Mannes der Erde, John D. Rockefellers, wird mindestens auf etwa 36 Milliarden französische Franken, das sind rund 2500 Millionen Dollar, angegeben. Die 270 Milliarden deutsche Papiermark, denen diese Summe nach heutigem Kurs entspricht, erreichen zwar die Billion noch nicht, immerhin aber ihren vierten Teil. Auf österreichische Kronen aber umgerechnet beträgt das Vermögen Rockefellers schon drei bis vier Billionen (eine dreizehnstellige Zahl!), in polnischer Mark etwa dreizehn und in Sowjetrubel gar mindestens achtzig Billionen. Was menschlicher Reichtum niemals vermochte, hat die Armut der Völker zuwege gebracht. Der Billionär ist kein Fabelwesen mehr.

Wunderlicher-, aber doch begreiflicherweise verführte gerade die Gewohnheit, Vermögenssummen in geringwertige Währung umzurechnen, zur Uebertreibung der ohnehin ins Unförmliche angeschwollenen Zahlen. So konnte man überall lesen, der Sänger Caruso habe ein Vermögen von 50 Millionen Dollar, nach heutigem Kurs also mehr als sechs Milliarden Mark, hinterlassen. Dies ist eine unmögliche Angabe für jeden, der nachrechnet. In der Tat gab eine viel wahrscheinlichere Meldung Carusos Vermögen mit dreißig Millionen — italienische Lire, das sind etwa ein einviertel Millionen Dollar, an. Die Größensucht hatte den Nachlaß des Künstlers im Handumdrehen vervierzigfacht.

Eine Kolonialdebatte im Völkerbund.

Die Völkerbundssitzung führte in ihren weiteren Beratungen zu einer Kolonialdebatte anläßlich der Beratung der Mandatsfrage. Der Ursprung der Debatte ist in folgendem Antrag zu suchen, den Lord Robert Cecil in einer der ersten Sitzungen einbrachte: „Die Versammlung bedauert die Verzögerung in der Definition der Mandate. Sie stellt fest, daß die Verantwortung nicht dem Rate zufällt." Der Antrag war der 6. Kommission (politische Angelegenheiten) überwiesen worden, die eine Unterkommission unter dem Vorsitz Nansens mit der Ausarbeitung eines Berichtes beauftragte, der von der gesamten Kommission angenommen und dann der Versammlung vorgelegt wurde. Der Bericht schließt sich äußerlich dem Wunsche Cecils an, bedeutet aber im allgemeinen eine Billigung der bisherigen Behandlung der Mandatsfrage durch den Völkerbund. Er verzichtet auf eine Stellungnahme zur Frage der Mandate a) d. h. der dem türkischen Reiche aus dem Friedensvertrage von Sevres entrissenen Gebiete, weil dieser Vertrag noch nicht ratifiziert worden sei und legt das Schwergewicht auf die Mandate; b) d. h. aller im Versailler Friedensvertrage von Deutschland an die alliierten und assoziierten Mächte abgetretenen Kolonien. Er empfiehlt, daß der Rat die Anwendung des Mandatssystems in Togo und Kamerun durch die französische und die britische Regierung bestätigt, insbesondere die von der französischen und der britischen Regierung am 17. Juli aufgestellten Grundsätze billigt. Der Rat würde endlich der betreffenden Großmacht mitteilen, daß er die Mandate b) selbst nicht bestätigen könne, bevor nicht die Verhandlungen zwischen den alliierten Hauptmächten und den Vereinigten Staaten abgeschlossen seien, daß er aber an den Mandatsprojekten feststellen könne, daß die in den Mandatsprojekten aufgestellten Grundsätze im allgemeinen dem hohen Ideal des Paktes entsprechen. Der Rat will schließlich den Mandatsmächten sein Vertrauen aussprechen, daß weiter bis zur endgültigen Klärung der Lage die ihnen unterstellten Gebiete im Sinne der Mandatsprojekte verwaltet werden. Der Antrag der Kommission wurde einstimmig angenommen.

Die lange Debatte, welche der Annahme der Resolution voranging, bestätigte im allgemeinen die in dem Kommissionsbericht ausgesprochenen Grundsätze. Sie zeigen vor allem den lebhaften Wunsch, nichts Endgültiges zu schaffen, solange die Vereinigten Staaten nicht ihr Wort gesprochen haben, ein Wunsch, der bereits in der Verhandlung der Abrüstungsfragen dazu führte, entscheidende Erklärungen zu vertagen. Das rein politische Problem trat völlig in den Hintergrund. Die Debatte stützte sich auf die Auffassung, daß das ganze Mandatssystem eine bessere Stellung und eine weitere Entwicklung der Eingeborenen in den betreffenden Gebieten bezwecke. Fast alle Redner befaßten sich mit dem Problem der Eingeborenenbehandlung, so die Reden Bourgeois und des portugiesischen Delegierten Ferreira Amdadn und mit der Alkoholfrage in den Kolonien. Der Vertreter Haitis Belgarde warf das Rassenproblem auf und beantragte, daß ein Vertreter der Eingeborenen in der Kommission zur Prüfung der Mandatsfrage zugelassen werde. Die Debatte bewies, daß die in Frage kommenden Kolonialmächte England, Frankreich und Belgien vollständig einig sind. Die ausdrückliche Zustimmung Balfours zu der Erklärung Bourgeois, der selbst darauf hinwies, daß er auch im Namen Balfours spreche, ließ erkennen, daß es sich sowohl um die Einmütigkeit der maßgebenden Mandatsmächte als auch um die Uebereinstimmung unter den Mitgliedern des Völkerbundsrates, in dem die Mandatsmächte vertreten sind, handele. Die Auffassung der Kolonialmächte und damit der maßgebenden Mächte des Völkerbundsrates kommt am krassesten zum Ausdruck in den beiden wichtigen Erklärungen Bourgeois, daß 1. man nichts überstürzen dürfe mit Rücksicht auf Amerika und daß 2. die Verwaltung in den Mandatsgebieten auch ohne ein Mandatsstatut sich bereits im Sinne des Völkerbundpaktes vollziehe. Die große politische Frage, die durch das Mandatssystem und seine bisherige Anwendung aufgeworfen wird, kam im allgemeinen nur in der Beteuerung zum Ausdruck, daß die Vorwürfe, es handele sich um eine Annexion, ungerechtfertigt seien. Robert Cecil, der verschiedene Vorbehalte machte, verlieh dieser Auffassung lebhaften Ausdruck und bezeichnete das Mandatssystem als ein Werk des Friedens. Immerhin streifte er einige interessante Fragen. So sagte er u. a., daß die gegenwärtig vorgesehene Stellung Togos und Kameruns verschiedenen Mächten zu erlauben scheine, dieses Gebiet als einen integrierenden Bestandteil ihrer eigenen Gebiete zu betrachten. Der in der Resolution ausgesprochene Wunsch nach schleuniger Regelung der Mandatsfrage wurde von allen Seiten bewilligt. Nach dem Gang der Aussprache ist jedoch nicht anzunehmen, daß sich diese Regelung auf jeden Fall, soweit sie die ehemaligen deutschen Kolonien betrifft, von dem gegenwärtigen Zustande unterscheiden wird, es sei denn, daß die Verhandlungen der alliierten Großmächte mit Amerika irgendwelche Veränderungen herbeiführen würden, die jedoch auch dann der Initiative des Völkerbundes entspringen würden. Die sehr interessante Rede des schwarzen Vertreters Haitis, der ausdrücklich auf die jüngsten Kongresse der schwarzen Rasse hinzielte, war nicht das einzig pittoreske Moment in der Debatte. Der Vertreter Neuseelands, Allen, der besonders die Gleichheit zwischen der schwarzen und der weißen Rasse in der Anwendung des Alkoholverbots forderte, führte als Beispiel dafür, daß die Verzögerung der Mandatsregelung Unruhe schaffe, folgende Anekdote an: „Es habe sich auf der Insel Samoa das Gerücht verbreitet, daß die Verwaltung des Landes dem ehemaligen deutschen Kaiser anvertraut werden solle. (!) Sie können sich denken, welchen Schaden derartige Gerüchte anrichten."

Hoffnung auf Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen.

(TU) Drahtlos wird die allgemeine Zufriedenheit sowohl in der Presse wie auch in Regierungskreisen über die Aufhebung der Sanktionen verbreitet. Daß Frankreich in dieser Frage nachgegeben habe, lasse hoffen, daß es auch den englischen Vorschlag betr. der Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen annehmen werde. Dieser Vorschlag wird in der nächsten Sitzung des Obersten Rates verhandelt werden.

5 Millionen Franks Wiederherstellungsunkosten monatlich.

(TU) Oeuvre macht auf die ungeheuren Unkosten der Wiederherstellungskommission aufmerksam, die nicht weniger als fünf Millionen Franks monatlich betragen und welche die deutsche Regierung jeden Monat an eine Pariser Bank bezahlen muß. Von diesen fünf Millionen sind 4½ Millionen allein für Gehälter und Reisespesen bestimmt.

Die deutsche Städtenot.

Der Reichsstädtebund, die Vereinigung der mittleren und kleineren Städte Deutschlands, ist in Dresden unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Kilian zu seiner diesjährigen Tagung zusammengetreten. Nach verschiedenen Vorstandssitzungen begann die öffentliche Mitgliederversammlung, in der der Geschäftsführer des Bundes, Dr. Häkel-Berlin, über die Not der mittleren und kleineren Städte und über die Abstellung dieser Not sprach. Es drohe ein Zusammenbruch der Gemeinden, der einen Zusammenbruch des Reiches und der Länder nach sich ziehen müsse. Klare Scheidung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sei notwendig. Den Gemeinden müsse wieder ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer oder eine Erhöhung ihrer Anteile an dieser Steuer gewährt werden. Der Anteil an der Reichskörperschaftssteuer dürfe auch bei Erhöhung nicht herabgesetzt werden. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Reichserbschaftssteuer und eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer sei notwendig. Dann sprachen Bürgermeister Breuer-Werden und Bürgermeister Stoll aus Lauenburg a. d. Elbe über die Erfüllung der kulturellen und sozialen Aufgaben der mittleren und kleineren Städte unter Berücksichtigung ihrer heutigen Finanzlage. Sie wiesen darauf hin, daß die gegenwärtige Finanznot dieses verhindere, daß es aber trotzdem notwendig wäre, die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend zu fördern, die Wohnungsfrage mehr als bisher kräftig zu betreiben. Die deutschen Städte seien die Urzellen, von denen unser Volks- und Wirtschaftsleben ausgehen müsse. Diese Erkenntnis müsse auch die Länder dazu führen, die kommunale Selbstständigkeit unangetastet zu lassen; nur dann seien die kulturellen und sozialen Aufgaben der Städte erfüllbar.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika.

Nachdem in Amerika die Zahl der Arbeitslosen bisher ohne erhebliche Folgen für die innere Politik auf fast sechs Millionen gestiegen ist, scheint nun doch ebenso wie in England eine Krise bevorzustehen. Präsident Harding hat eine von ihm selbst eröffnete Arbeitslosenversammlung berufen, deren Verhandlungen aber bereits fast zu einem Bruch geführt hätten, weil Arbeitervertreter verlangten, daß in keiner Weise von Lohnherabsetzungen als Mittel für die Belebung der Arbeitslosigkeit gesprochen werde. Handelsminister Hoover hat einen Plan entworfen, der Vermehrung der Arbeitsstellen mit Halbzeit, Herabsetzung der Länge der Arbeitstage, Arbeit auf Vorrat, Reparaturen und Ausdehnungen der Fabriken vorsieht. Während der Verhandlungen zeigte sich, daß der Vermehrung der Halbzeitstellen die sogenannte „Rotationsmethode" vorgezogen wird, bei der derselbe Arbeitsplatz zwischen zwei Arbeitern geteilt wird, die abwechselnd je drei Tage hintereinander arbeiten. „Daily Telegraph" teilt mit, in der Konferenz sei festgestellt worden, daß in den Vereinigten Staaten 500 000 Kriegsteilnehmer arbeitslos sind, davon 75 000 in Neuyork. Weiter teilt „Daily Telegraph" mit, daß es durchaus ungewiß sei, ob es gelinge, in den nächsten Wochen einen Riesenlohnkampf der Eisenarbeiter, Kohlenbergleute und anderer Gewerkschaftsgruppen zu verhindern. Probeabstimmungen, die unter den Eisenbahnarbeitern stattgefunden haben, ergaben bisher immer eine große Mehrheit für den Streik. Zu den pessimistischen Nachrichten, die an englische Zeitungen aus Amerika über die dortige Arbeitslosigkeit geschickt werden, ist indes zu bemerken, daß sie tendenziöse Zwecke haben können. Es ist an sich nicht sehr wahrscheinlich, daß die amerikanischen Gewerkschaften, welche einen privilegierten, aber verhältnismäßig kleinen Teil der amerikanischen Arbeiter darstellen, in einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Lohnverminderung eintreten werden, nachdem sie bisher gegenüber den unabwendbaren Abstrichen nachgegeben haben.

Jahresüberblik der Technischen Nothilfe.

Am 30. September konnte die Technische Nothilfe auf ein zweites Jahr ihres Bestehens zurückblicken. So häufig wie im ersten Jahre hat sie in diesem Jahre nicht in Tätigkeit zu treten brauchen. Indessen die Technische Nothilfe 1919/20 nach den endgültigen Ergebnissen 521 mal einsetzen mußte, beläuft sich diesmal, soweit sich bisher überblicken läßt, die Einsatzziffer auf 890. Nichtsdestoweniger zeigt die Statistik, daß auch im letzten Jahr kaum eine Woche verlaufen ist, ohne daß die Technische Nothilfe an irgend einem Ort im Deutschen Reich tätig war. Von den 52 Jahreswochen sind nur 6 ohne jeglichen Einsatz gewesen. — Bezüglich der aufrechterhaltenen Betriebe hat sich im Berichtsjahr 1920/21 gegenüber dem ersten Jahr 1919/20 das Bild insofern verschoben, als die Einsatzzahl für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im Verhältnis zurückgegangen ist, während in der Landwirtschaft diese Ziffer bedeutend gestiegen ist. Auch das Eingreifen der Technischen Nothilfe bei elementaren Ereignissen hat sich beträchtlich erhöht. Hier stehen den 3 Einsätzen dieser Art vom Vorjahr im Berichtsjahre 26 gegenüber. — Der Ausbau der Organisation ist kräftig fortgeschritten. Die Zahl der Orts- bezw. Landgruppen hat sich um über die Hälfte vermehrt, die Mitgliederzahl hat sich seit dem Vorjahre verdoppelt. Die einzelnen Berufe sind an der Mitgliederzahl folgendermaßen beteiligt: Technische Fachleute 18%, Handwerker 10%, Landwirte 22%, freie Berufe 18%, Arbeiter 15%, Studenten 6% und Frauen 11%. — Im Landesbezirk Westfalen, der die Provinz Westfalen und das unbesetzte Rheinland umfaßt, ist die Beteiligung der einzelnen Berufe zu Gunsten der technischen Fachleute und Arbeiter erheblich verschoben. Neben der öfteren Bereitstellung von Nothelfern, die jedoch infolge der Uebernahme der Notstandsarbeiten durch die Belegschaft selbst nicht eingesetzt zu werden brauchten, wurden in Westfalen in 7 Fällen 166 Nothelfer eingesetzt mit 6075 Arbeitsstunden, von denen ein Teil auf die infolge des trockenen Sommers häufigeren Waldbrände entfällt.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen unsern

tiefgefühlten Dank.

Kamen, 3. Oktober 1921.

Polizei-Inspektor Warschkull und Familie. 4208

Juttal! Ein kräftiges

Sonntagsmädel

angekommen. 4210

Rud. v. d. Heide und Frau.

Dortmund, den 2. Oktober 1921.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Schneider-gehilfe

für sofort oder später gesucht. h4201

Aug. George, Kamen,

Klosterstraße 24.

Schmiede-lehrling

gesucht. 4202

Friedr. Heckmann, Kamen.

Tüchtiges, zuverl.

Mädchen

für Haushalt u. Küche zum baldigen Eintritt gesucht. 4179

J. Kadden, Kamen.

Suche für meinen kleinen Haushalt ein ordentliches fleißiges 4208

Mädchen.

Guter Lohn und gute Behandlung.

Frau Otto Hölken, Barmen-Rittershausen, Wichlinghauserstr. 21.

Zu erkundigen **Westick, Mühlenstr. 54.**

Druckarbeiten

für Industrie, Handel, Gewerbe und Private als:

Adresskarten, Etiketten, Prospekte, Zirkulare, Kuverts, Mitteilungen, Rechnungen, Briefbogen, Preislisten, Wein- und Speisekarten, Einladungs-Karten, Familien-Anzeigen, Trauerbriefe usw.

liefert in jeder Ausführung in kurzer Zeit

Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Morgenmädchen

gesucht. h4216

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

---

3 junge, anständige Leute finden 4175

Kost u. Logis

in der Nähe der Zeche Grimberg.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Junger, anständiger Mann erhält

Kost u. Logis

in der Nähe der Zeche Grimberg. 4207

Zu erfr. in d. Gesch.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension für sofort gesucht.

Zu erfr. in d. Geschst. der Kam. Zeit. 4206

Ein gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen. 4205

Bahnhofstraße 22a.

Großer, gut erhaltener

Mantelofen

mit **Marmorplatte** zu verkaufen.

4204 **Friedrichs,** Hammerstraße 7.

5000 Mk.

für 1 Jahr vom **Selbstgeber gegen Zinsen** zu leihen gesucht. Sicherheit vorhanden.

Angebote an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung unter **Nr. 4209.**



Auf Teilzahlung!

Kredit erhält jeder!

erhalten Sie

Herren-Anzüge, Burschen-Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Covercoats, Regenmäntel, Cutaways, Gestreifte Hosen, Kinder-Anzüge, Herren-Stoffe,

Achtung!!

Mitbringen, gültig für

10 Mk.

Fahrtvergütung

Damen-Kostüme, Damen-Mäntel, Damen-Kleider, Blusen- und Kostüm-Röcke, Damen-Pelze und Muffen, Kleider- und Kostüm-Stoffe, Bettzeuge

4154 **und alle Manufakturwaren.** 12455

Kredit erhält jeder!

Max Mischkowski

Steinstraße 80 DORTMUND Steinstrasse 60

½ Minute vom Hauptbahnhof. Ausgang Nordseite.

Bequeme Abzahlung!

Anordnung

über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau bei Hausschlachtungen.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes betr. Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 (R.-G.-Bl. S. 547) ordne ich mit Ermächtigung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes an:

§ 1. Rindvieh im Alter von drei Monaten und darüber unterliegt auch dann, wenn das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, in allen Fällen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung nach Maßgabe der Vorschriften des vorbezeichneten Gesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen.

§ 2. Rindvieh im Alter bis zu drei Monaten, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde- und Hunde unterliegen auch in den Fällen, in denen auf Grund des § 2 des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900, die Untersuchung unterbleiben darf, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung nach Maßgabe des vorbezeichneten Gesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften, sofern

a) das Fleisch nicht nur im eigenen Haushalt eines Besitzers, sondern in mehr als einem Haushalte zum Genusse für Menschen verwendet werden soll;
b) das Fleisch in einem Haushalte zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, in dem mehr als vier nicht zur Familie oder zum Gesinde des Besitzers gehörige Kostgänger regelmäßig beköstigt werden;
c) die Schlachtung zum Zwecke der Bewirtung eines die Zahl der sonst zum Haushalte gehörigen Mitglieder erheblich übersteigenden Kreises von Personen (z. B. bei Einquartierungen und größeren Festlichkeiten) erfolgt.

§ 3. Für Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung gelten die Strafbestimmungen der §§ 26 bis 28, insbesondere § 27 Nr. 2, 3 des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 9. Juni 1900. 4193

§ 4. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Arnsberg, den 1. April 1919.

Der Regierungspräsident.

Tinten

zu haben in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Polizei-Verordnung

betreffend die Untersuchung der Schweine und Wildschweine auf Trichinen.

Unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 23. Oktober 1891, betreffend die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen und Finnen, wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, für den Umfang des Regierungsbezirks Arnsberg folgendes verordnet:

§ 1. Die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, vom 28. Juni 1902 (G. S. S. 229) über die Untersuchung von Schweinen auf Trichinen und die hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen finden auch auf solche Schweine und Wildschweine Anwendung, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll.

§ 2. Die Anmeldung zur Untersuchung hat von dem Besitzer oder dessen Stellvertreter bei dem zuständigen Trichinenbeschauer mindestens zwölf Stunden vor der in Aussicht genommenen Schlachtung zu erfolgen.

§ 3. Die Zerlegung des Schweines in zwei Hälften vor der amtlichen Untersuchung ist zulässig, jedoch müssen dieselben am Kopfe durch Haut und Weichteile verbunden bleiben.

Das Feilhalten des Fleisches oder das Ueberlassen desselben an andere Personen oder die Zubereitung zum Genusse darf erst stattfinden, nachdem der Trichinenschauer das Schwein oder Wildschwein mit dem amtlichen Stempel, der die Inschrift „trichinenfrei" und den Namen des Trichinenschaubezirkes oder Schauamts tragen muß, gekennzeichnet hat.

§ 4. Wer den in dieser Polizeiverordnung enthaltenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird, sofern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 5. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Arnsberg, den 2. Dez. 1904.

Der Regierungspräsident: Frhr. v. Coels.

Vorstehende Verordnung (bezw. Polizeiverordnung) wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Ich bemerke, daß Uebertretungen gegen die vorstehenden Bestimmungen auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten mit der höchstzulässigen Geldstrafe zu ahnden sind. 4194

Hamm (Westf.), den 27. Sept. 1921.

Der Landrat: J. V.: v. Campe, Reg.-Assessor.

Das teure Leben in Italien.

Nachdem sich der reklametüchtig ausgeschlachtete und von den Faszisten in demagogischer Berechnung mit Gewalt erzwungene große „Preisabbau" in einer kleinen, kaum drei Monate umspannenden Senkung der Preiskurve erschöpft hat, klettert die Linie jetzt lustig wieder in die Höhe. Bereits sind die Gipfel des Frühjahrs bezwungen, und es scheint leider, als ob der Aufwärtsbewegung keine Schranken gesetzt seien. Die Statistik treibt mit der famosen „Indexziffer" einen unerhörten Schwindel, indem sie in die Kosten der Lebenshaltung alle mit Saisonschluß naturgemäß abschlagenden Bedarfsartikel einrechnet, die diesen Namen mehr oder weniger verdienen, als da sind Strohhüte, Seidenstrümpfe, Sonnenschirme und so weiter. Auf diese Weise läßt sich natürlich die Indexkurve künstlich herabdrücken und der Wahrheit ein Schnippchen schlagen, während den Verbraucher in diesem Augenblick nur die notwendigsten Dinge interessieren, die Nahrungsmittel, die von Tag zu Tag aufschlagen. Legt man den Preis von 1914 zugrunde, so findet man, daß Brot von 52 Centesimi auf 180 gestiegen ist, das bessere auf 240, Reis von 55 auf 200, Teigwaren von 65 auf 320, Bohnen von 55 auf 300, Fleisch von 180 auf 1700 und 2700, Eier von 9 auf 75, Oel von 200 auf 1400, Speck von 200 auf 1300, Käse von 275 auf 1600, Wein von 30 auf 400 Centesimi. Durchschnittlich ergibt sich somit eine Teuerung von 800 Prozent, während nach dem Valutarückgang höchstens das Vierfache der Friedenspreise gefordert werden dürfte. Kein Wunder, daß immer größere Scharen von Nahrungsmittelhändlern und Gastwirten ihren Einzug in die vornehmen Kreise der Neureichen halten.

Welche Unsummen in den großen Restaurants den Gästen aus der Tasche gelockt werden (es ist zu beachten, daß man in Italien viel häufiger als in Deutschland außer dem Hause ißt, auch in kleinbürgerlichen und besonders in den gutbezahlten Arbeiterkreisen), geht zum Beispiel aus den Geldstrafen hervor, die dieser Tage wegen mangelhafter Buchführung ausgesprochen wurden: Castello bei Cesari auf dem Aventin 79 000 Lire, Russische Taverne (die originelle Kneipe der geflüchteten russischen Aristokratie mit einem General und einer Exzellenz als Wirt) 24 000 Lire, Restaurant Regina 392 000 Lire und Restaurant Umberto die Kleinigkeit von 558 800 Lire.

Die in Restaurants, wie Trattorien und Osterien gleichermaßen beliebte „mangelhafte Buchführung" besteht darin, daß man weniger Marken klebt, als die Vorschrift vorsieht. Jeder Gast muß eine Rechnung für seine Zeche erhalten und jede Rechnung muß mit einer dem Betrag prozentual entsprechenden Marke versehen werden, desgleichen die vom Wirt aufzubewahrende Kopie. Da nun die Preise für alle Speisen behördlich festgelegt sind, wobei die Gaststätten in vier Kategorien eingeteilt werden, gleicht man die Ueberforderung einfach durch ein Weniger an Kontrollmarken aus.

Die Statistik hütet sich auch, die Mietpreise in ihre Zahlenakrobatik einzubeziehen, und das kann man ihr billigerweise nicht verdenken, da die Mietpreise nur noch von Schwindelfreien betrachtet werden können. Leere Wohnungen gibt es natürlich überhaupt nicht, die nur auf Umwegen zu habenden möblierten Zimmer kosten monatlich fünf- und sechshundert Lire, wobei häufig noch die Bedingung auf Uebernahme der Möbel gestellt, viertausend, fünftausend Lire für Bett und Schrank, die zusammen noch keine dreihundert wert sind. Die Preise für Wohnungen in Neubauten steigen ins Phantastische. Vermietet wird so ein Stock nicht, man muß ihn kaufen — soviel Stöcke also, so viel Hausbesitzer — und zahlt den Raum gegenwärtig mit durchschnittlich 20 000 und 25 000 Lire. Eine Acht-Zimmer-Wohnung kostet also bare zweihunderttausend Lire, bei der heutigen deutschen Valuta gerade eine runde Million.

Aus aller Welt.

— **Der Bückeburger Jäger-Appell wieder gestattet.** Auf die Beschwerde von beteiligter Seite hin hat der Minister des Innern das Verbot der Schaumburg-Lippischen Landesregierung betreffend Abhaltung des Jäger-Appells aufgehoben.

— **Demonstration der Kriegsbeschädigten.** Gestern vormittag bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug Kriegsbeschädigter durch die Straßen Berlins. An der Spitze wurden in Rollstühlen zahlreiche Schwerkriegsbeschädigte mitgeführt. Eine große Anzahl roter Fahnen und Plakate mit Inschriften: „Wir bitten nicht, wir fordern!" „Nieder mit dem Krieg!", „Für 100 000 Mann Reichswehr 5 Milliarden, für eine Million Kriegsbeschädigter 3½ Milliarden!" wurden dem Zuge vorangetragen. Rote Fahnen begleiteten den Zug. Der Vorbeimarsch dauerte eine halbe Stunde.

— **Großfeuer.** In einem Holzlagerschuppen der Marinewerft in Wilhelmshaven ist ein großer Brand ausgebrochen, der für die umliegenden Gebäude eine ernste Gefahr darstellt. Sämtliche Wehren, sowie die Marineverbände und die Schupo sind zur Löschung aufgeboten. Gegen 5 Uhr sprang das Feuer auf einen benachbarten großen Holzlagerschuppen über, wo das Feuer reiche Nahrung fand. Mehrere Sauerstoffflaschen flogen mit gewaltigen Detonationen in die Luft. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

— **Der Streik der Berliner Gastwirtsgehilfen** ist fast auf der ganzen Linie ausgebrochen, aber auch die Köche und Köchinnen, Hausdiener, Porters, Fahrstuhlführer und das ganze übrige Personal des Gastwirtsgewerbes hat die Arbeit niedergelegt. Samstag vormittag um 11 Uhr wurde jedem Berliner Gastwirt ein Schreiben überreicht, in dem das Personal diejenigen Forderungen zum Ausdruck brachte, die von den Arbeitnehmerorganisationen aufgestellt worden sind. Die Pläne stützen sich auf den Schiedsspruch, der ihnen ein festes Gehalt zusichert. Einigungen, wie sie in vielen Betrieben zwischen den Gastwirten und Kellnern zustande gekommen waren, werden von der Organisation nicht anerkannt. Großberlin zählt etwa 6000 organisierte Kellner, doch beläuft sich die Zahl derer, die größtenteils gezwungenermaßen feiern müssen, auf etwa 20 000. Das Küchenpersonal, das einen 40prozentigen Zuschlag auf die bisherigen Gehälter zugesichert erhielt, muß ebenfalls wohl oder übel feiern.

— **Die Lage in Tirol** wird infolge der innerpolitischen Zustände und der stetig wachsenden Teuerung stündlich kritischer. Die Betriebsräte der Elektrizitäts- und Gaswerkarbeiter drohen mit Selbsthilfe. Dr. Steidle, der Führer der Tiroler Heimatwehren, fordert von der Regierung ein entschiedenes rasches Eingreifen und überreichte dem Landeshauptmann Forderungen, darunter ein Einreiseverbot für Ausländer und schärfste Strafen gegen Uebertretungen der Gesetze. Die Regierung erließ ein Verbot der Warenverschleppung aus Tirol. Die Stimmung der Bevölkerung ist sehr kritisch.